



Presseschau vom 05.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Jedes NATO-Fahrzeug mit Waffen oder Munition für die Ukraine wird als legitimes Ziel betrachtet." - Video**

Jeder NATO-Transport, der mit Waffen oder Munition für die ukrainische Armee in der Ukraine eintrifft, "wird als legitimes Ziel für eine Zerstörung betrachtet", wie der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu am Mittwoch in einer Telefonkonferenz erklärte. ...

<https://kurz.rt.com/2y9m> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Keine Angst vor Drittem Weltkrieg" – Habeck kritisiert Schwarzer, Walser und Co.**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck kritisiert die Unterzeichner des kürzlich an Bundeskanzler Olaf Scholz adressierten offenen Briefes um Alice Schwarzer und Martin Walser scharf. Diese forderten, keine schweren Waffen an die Ukraine zu liefern. Parallel sprechen sich Intellektuelle wie Ralf Fücks, Hertha Müller und Matthias Döpfner für Panzer und Haubitzen aus. ...

<https://kurz.rt.com/2y90> bzw. [hier](#)

Ociel Alí López: **Venezuela – Ende der Krise in Sicht?**

Ende April legte die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) neue Schätzungen zum Wirtschaftswachstum der Region vor. Die multilaterale Institution veröffentlichte einen Bericht, der insbesondere die Auswirkungen des Konflikts in der Ukraine berücksichtigt. Darin prognostiziert sie für dieses Jahr ein Top-Wirtschaftswachstum Venezuelas. Es befindet sich damit unter den drei Spitzenreitern der Welt. ...

<https://kurz.rt.com/2y81> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Friedrich Merz in Kiew: Erschütternd, doch gut für die Bilanz**

Friedrich Merz, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, besuchte Kiew und traf Wladimir Selenskij. Eigentlich ein Protokollverstoß. Und nicht einmal wirklich propagandatauglich. Aber solche Besuche sind ohnehin mittlerweile nur noch US-amerikanische Selbstgespräche.

...

<https://kurz.rt.com/2y9b> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Aktive Norderweiterung der NATO: Finnland und Schweden kurz vor der Aufnahme**

Der Aufnahmeprozess von Finnland und Schweden in die NATO nimmt finale Züge an. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg kündigt schon vorab ein "sehr zügiges Verfahren" an. Finnland nimmt seit Jahren an Manövern der Land-, See- und Luftstreitkräfte der NATO teil.

...

<https://kurz.rt.com/2y9u> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: **Belgrad und der "Präzedenzfall" Kosovo – Russische Absichten und serbische Erwartungen**

Welche Verwunderung und was für ein Durcheinander in Serbien, nachdem der russische Präsident Putin in einem Gespräch mit UN-Generalsekretär Guterres die Situation von Donbass und Krim mit der abtrünnigen serbischen Provinz Kosovo und Metochien gleichgesetzt hatte. ...

<https://kurz.rt.com/2y6y> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: Die Ukraine gewinnt den Kampf auf Twitter – nicht aber in der Realität des Krieges

Behauptungen, die Ukraine stehe auf dem Schlachtfeld vor einem Sieg, sind bestenfalls ein Wunschdenken, das vor allem in Kiew und Washington herrscht. Aber an der Front herrscht eine harte Realität, an der kein Wahrnehmungsmanagement von Wladimir Selenskij oder dessen amerikanischen Partnern etwas ändern kann. ...

<https://kurz.rt.com/2y92> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:40 de.t.com: Außenamtssprecherin Sacharowa: Kiew muss Rückkehr der Krim zu Russland und Unabhängigkeit von DVR und LVR anerkennen

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete die Wiedervereinigung Russlands mit der Krim sowie die Unabhängigkeit der Donbass-Volksrepubliken Donezk und Lugansk als "etablierte territoriale Realitäten". Gleichzeitig appellierte sie an Kiew und die westlichen Regierungen, diese zu anerkennen. Im Gespräch mit der spanischen Zeitung ABC sagte sie:

"Dies sind bereits etablierte territoriale Realitäten, die Kiew und andere Länder anerkennen müssen. Sie sind durch die Politik der Kiewer Behörden selbst entstanden, die 2014 durch einen neonazistischen Staatsstreich an die Macht gekommen waren. Die Krim ist nach Russland zurückgekehrt, und DVR und LVR wurden zu unabhängigen Staaten."

Sacharowa rief den Westen außerdem dazu auf, die legitime und bewusste Wahl der Völker und das in der UN-Charta verankerte Recht der Nationen auf Selbstbestimmung zu achten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6272b924b480cc4e364b8cbd.jpg>

20:49 de.rt.com: Habeck: Deutschland will geflohenen Russen Arbeitsplätze bieten – Länder sollen Windräder bauen

Die Spitzen der Bundesregierung tagten am Dienstag und Mittwoch in Schloss Meseberg bei Gransee in Brandenburg. Dort sagte Bundeskanzler Olaf Scholz, Russlands Präsident Wladimir Putin habe in der Ukraine "fehlkalkuliert". Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will russische Kritiker des "Putin-Regimes" nach Deutschland holen und die Windkraft ausbauen, um sich stärker unabhängig vom russischen Öl zu machen. Auf der Klausurtagung der Bundesregierung am Dienstag und Mittwoch im

brandenburgischen Gransee standen unter anderem der Krieg in der Ukraine sowie die Energieversorgung in Deutschland im Mittelpunkt der Gespräche.

Scholz: Putin hat sich verkalkuliert

Bundeskanzler Olaf Scholz attestierte dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eine "verhängnisvolle Fehlkalkulation" beim Angriff auf die Ukraine. Inzwischen sei klar geworden, "dass Putin sich vollständig verrechnet hat mit seinem brutalen Angriffskrieg", meinte der Kanzler. Was Putin nun bekommen habe, sei "eine stärkere NATO (...) Was er bekommen hat, ist eine einige Europäische Union".

Für russische "Putin-Kritiker" will man nun in Berlin die Arme öffnen: Nach Aussagen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90 / Die Grünen) sollen auch Menschen, die aus Russland fliehen, einen Arbeitsplatz in Deutschland erhalten.

Jobs in Deutschland für Kritiker des "Putin-Regimes"

Habeck verriet weiterhin:

"Wir bieten aber auch denjenigen einen Arbeitsplatz an, die aus Russland fliehen oder schon geflohen sind, die also vor dem Putin-Regime das Land verlassen haben."

Die Bundesregierung wolle diese Menschen "bewusst ansprechen", sagte der Grünen-Politiker. Und weiter: "Wir können sie gut gebrauchen in Deutschland". Damit die Aufnahme von geflohenen Russen in Deutschland schnell gelingen könne, müssten "eine Menge von Ressorts" kooperieren, erklärte Habeck. Das gelte etwa für das Bundesarbeitsministerium, das die Hürden für die Beschäftigung und die Anerkennung von Berufsabschlüssen absenken müsse, oder auch für das Auswärtige Amt, das die Erteilung von Einreisevisa schnell abwickeln müsse. Auch das Innenministerium sei gefragt, wenn es darum gehe, dass nicht "die Falschen zu uns kommen und wir uns auf einmal hier lauter Spione ins Land holen", sagte er weiter.

Sein Ministerium habe wiederum die Aufgabe, mit Wirtschaftsverbänden zu kooperieren, um den Menschen aus Russland Arbeit anzubieten.

Habeck appelliert an Länder: Windkraft-Ausbau massiv ausbauen

Habeck, der auch für den "Klimaschutz" zuständig ist, hat weiterhin an die Bundesländer appelliert, die Windkraft an Land schneller auszubauen. Er meinte, die Bundesregierung tue in großer Eile das, was notwendig sei, um die Kapazitäten hinzubekommen. So würden Konflikte zwischen Artenschutz und Windkraft gelöst. Natürlich sei seine "Erwartungshaltung" auch, dass die Länder und Kommunen dann auch Flächen für den Ausbau schaffen. Sonst sei alles "brotlose" Kunst.

Mit Blick auf Bayern sagte Habeck, selbst ein Land, das noch vor ein paar Wochen gesagt habe, die 10H-Regel werde nicht angetastet, wolle nun 800 oder 700 Windkraftanlagen bauen. Er blickt dabei in die Zukunft:

"Das wird noch nicht reichen, aber man sieht, dass da eine Dynamik stattfindet. Und das ist ein gutes Zeichen, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen."

Die umstrittene 10H-Abstandsregel für Windräder in Bayern soll aufgeweicht werden. Sie sieht bisher den zehnfachen Abstand der Windradhöhe zur nächsten Bebauung vor. Künftig sollen demnach Windräder etwa in Wäldern, entlang von Autobahnen und in Gewerbegebieten einfacher errichtet werden können. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) rechnet damit, dass dadurch bis zu 800 neue Anlagen im Freistaat entstehen können.

Die Bundesregierung strebt einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien an. Künftig sollen zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie an Land ausgewiesen werden. Das soll gesetzlich verankert werden. Die meisten Länder sind von diesem Ziel aber noch weit entfernt oder zeigen generell wenig Interesse dafür.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6272a088b480cc79b10ac321.jpg>

21:01 de.rt.com: **Russische Botschaft weist Vorwürfe von Nancy Faeser zur Verbreitung von Desinformationen zurück**

Die russische Botschaft in Deutschland hat die Vorwürfe von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, wonach die diplomatische Vertretung angeblich die Verbreitung von Desinformation und Kriegspropaganda unterstütze, als haltlos und unwahr bezeichnet.

Die Botschaft veröffentlichte am Mittwoch eine Erklärung, in der sie sich über die Äußerungen der Bundesinnenministerin bestürzt zeigte. "Die haltlosen Vorwürfe gegen die russische diplomatische Vertretung haben mit der Realität nichts zu tun." Die Botschaft schrieb, sie mische sich nicht in innere Angelegenheiten Deutschlands ein und verbreite keine Desinformation und Propaganda. Die Aussagen der diplomatischen Vertretung stützten sich auf Fakten und geprüfte Informationen, hieß es in der Stellungnahme. Man unternehme den Versuch, den Bürgern Deutschlands den offiziellen russischen Standpunkt zu vermitteln: "Wir halten es für kontraproduktiv, wenn eine Sichtweise, die nicht mit dem Mainstream übereinstimmt, als 'falsches Narrativ dargestellt wird'."

Die Botschaft sei weiterhin offen für eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium, betonte die Behörde.

In einem Interview mit dem Handelsblatt Anfang Mai hatte die Bundesinnenministerin der russischen Botschaft in Berlin vorgeworfen, Falschnachrichten über den Krieg in der Ukraine zu verbreiten. Die Behörde nutze ihre Plattform im Netz für Desinformationskampagnen und Kriegspropaganda, so Faeser. Auf die Frage zu den Konsequenzen sagte Faeser, dass Deutschland bereits 40 russische Diplomaten ausgewiesen hat, die vermutlich für russische Nachrichtendienste tätig sein sollen.

Gleichzeitig erinnerte sie in dem Interview daran, dass die russischsprachige Bevölkerung in Deutschland nicht für die Geschehnisse in der Ukraine verantwortlich sei und erwähnte in diesem Zusammenhang unter anderem Übergriffe auf russische Einrichtungen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6272bf8e48fbef751136c7cf.jpg>

22:08 (21:08) novorosinform.org: **Russland wird einen dreitägigen Korridor für die Evakuierung von Zivilisten aus Asowstal öffnen**

Das Schweigeregime wird am 5., 6. und 7. Mai in Kraft treten, teilte der Stab der interministeriellen Koordinierung der Russischen Föderation für humanitäre Hilfe mit. Die russische Armee werde in den nächsten drei Tagen die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem Territorium des Azovstal-Werks in Mariupol organisieren. Die entsprechende Entscheidung sei von der Führung Russlands nach menschenwürdigen Grundsätzen getroffen worden, teilte die koordinierende Zentrale am Mittwoch mit.

„Die russischen Streitkräfte öffnen am 5., 6. und 7. Mai 2022 von 08:00 bis 18:00 Uhr (Moskauer Zeit) einen humanitären Korridor vom Territorium des Hüttenwerks Asowstal, um Zivilisten zu evakuieren“, heißt es in der Erklärung.

Die Zentrale fügte hinzu, dass Arbeiter, Frauen und Kinder, falls vorhanden, die auf dem Territorium des Unternehmens verblieben sind, das Gelände des Werks verlassen können. Zu diesem Zweck werde das russische Militärpersonal während des festgelegten Zeitraums die Feindseligkeiten einstellen.

Es sei daran erinnert, dass am 30. April und 1. Mai mehr als 100 Menschen aus dem Gelände des Asowstal-Werks durch den von der russischen Armee organisierten humanitären Korridor evakuiert wurden. Die ukrainischen Nationalisten, die sich in den Kerkern des Werks verstecken, nutzten jedoch den Waffenstillstand, um Feuerstellungen an der Oberfläche einzurichten und die Stadt anschließend zu beschießen.



https://novorosinform.org/content/images/39/63/43963_720x405.jpg

21:10 de.rt.com: **Moldawiens Verteidigungsministerium beginnt Militärübung in der**

Nähe von Transnistrien

Das moldauische Verteidigungsministerium hat erklärt, dass es am 3. Mai eine Militärübung auf dem Truppenübungsplatz Bulboaca nahe der Grenze zur selbsternannten Republik Transnistrien begonnen hat. Der Pressedienst des Ministeriums teilte mit, dass Kadetten einer Militärakademie bis zum 4. Juni dort Schießübungen durchführen werden. Der Leiter der Akademie, Oberst Anatoli Bucuci, sagte:

"Das Training findet im Einklang mit dem Zeitplan 2022-2023 statt und hat nichts mit der Sicherheitslage in der Region zu tun."

Die Spannungen in Transnistrien hatten sich in der vergangenen Woche nach einer Reihe von Terroranschlägen verschärft, bei denen tragbare Granatwerfer, Panzerabwehrminen und Sprengstoff eingesetzt worden waren. Der Chef der selbsternannten Republik, Wadim Krasnoselski, erklärte, die Sabotageakte seien vom Gebiet der Ukraine aus organisiert worden. Er rief die höchste Terrorismuswarnstufe aus. Die Zufahrtswege zu den Städten wurden mit Straßensperren versehen und die Polizeistreifen auf den Straßen verstärkt.

21:38 de.rt.com: Russland vermeidet Zahlungsverzug

Russland begleicht seine am Mittwoch fälligen Staatsschulden in US-Dollar. Die Zahlungen erreichen trotz Transaktionsschwierigkeiten im Zusammenhang mit Sanktionen die Gläubiger rechtzeitig.

Russlands Dollarzahlungen auf zwei ausländische Anleihen haben die Gläubiger erreicht. Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt hielten Transaktionen wochenlang zurück und nährten Ängste vor einem Staatsbankrott.

Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg am Dienstag berichtete, hatte Russland am Freitag 564,8 Millionen US-Dollar für eine in diesem Jahr fällige Euromarkt-Anleihe sowie Zinsen in Höhe von 84,4 Millionen US-Dollar für eine Anleihe, die im Jahr 2042 ausläuft, gezahlt. Dabei erklärte Moskaus Finanzministerium, dass die Beträge in US-Dollar an die Londoner Zweigstelle von Citibank N.A. überwiesen wurden, die als Zahlstelle agiert.

Nach Bloombergs Quellen wurden die Zahlungen von größeren internationalen Verrechnungsstellen erhalten und bearbeitet. Außerdem bestätigten laut der Publikation vom Dienstag drei Investoren, dass ihre Depotbanken die Geldmittel erhalten hätten.

Zuvor hatte Moskau versucht, ausländische Halter von Eurobonds in Rubeln zu bezahlen, nachdem westliche Staaten fast die Hälfte der russischen Devisenreserven im Wert von über 300 Milliarden US-Dollar im Rahmen von Sanktionen für den Militäreinsatz in der Ukraine eingefroren hatten. Das US-Finanzministerium hinderte Russland daran, die in US-Banken verwahrten über 600 Millionen US-Dollar zur Begleichung von Staatsschulden zu verwenden. Das Ministerium erklärte, dass Moskau zwischen Ausschöpfung seiner Dollarreserven und Zahlungsverzug wählen sollte.

Russland wäre in Verzug geraten, wenn es seine Zahlungen auf Anleihen innerhalb einer 30-tägigen Frist, die am Mittwoch endet, nicht beglichen hätte. Moskau hob mehrmals hervor, dass Blockierungen von Zahlungen bedeuten würden, dass es der Westen sei, der Verpflichtungen nicht nachkomme.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6272988ab480cc78bd6f16bf.jpg>

22:00 de.rt.com: **Slowakischer Energieminister: Russisches Öl-Embargo wird europäische Wirtschaft zerstören**

Der slowakische Energieminister Karol Galek hat vor den gravierenden Folgen eines EU-Embargos gegen russisches Öl gewarnt. Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission würde die Energieversorgung nicht nur der Slowakei, sondern auch Österreichs, Tschechiens und der Ukraine beeinträchtigen. Galek betonte:

"Das wird unsere europäische Wirtschaft zerstören.

Wie der Minister erklärte, benötige die wichtigste slowakische Raffinerie russisches Schweröl, sodass alternative Lieferungen zum vorgeschlagenen Zeitplan nicht möglich seien. Eine Abkehr von russischem Öl wäre erst bis Ende 2025 zu bewerkstelligen. Wobei selbst diese Frist sehr knapp sei, so der Politiker.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6272d49948fbef463066f50a.jpg>

4:03 (3:03) novorosinform.org: **Alle Schulen in den befreiten Gebieten der LVR nehmen ihre Arbeit bis zum 10. Mai wieder auf**

In den Gebieten, die unter die Kontrolle der Republik gekommen sind, lernen die Schüler weiterhin die ukrainische Sprache, aber nur als Wahlfach, sagte Olga Dolshenko, Erste stellvertretende Ministerin für Bildung und Wissenschaft der LVR.

In naher Zukunft werden alle bisher betriebenen Schulen in den befreiten Gebieten der Volksrepublik Lugansk eröffnet. Der Bildungsprozess werde bis zum 10. Mai wieder aufgenommen, stellte Olga Dolschenko fest, berichtet das Informationszentrum von Lugansk.

"Der Registrierungsprozess (in der LVR) hat noch nicht jede Schule (in den befreiten Gebieten) erreicht. Wir wissen jedoch, dass bis zum 10. Mai alle Schulen in unserem Land arbeiten werden", sagte die Vertreterin des Ministeriums.

Sie fügte hinzu, dass zu diesem Zeitpunkt einige Änderungen im Bildungsprogramm in den befreiten Regionen der Republik vorgenommen werden. Schulkindern wird angeboten, die ukrainische Sprache nach Belieben zu lernen. Das Fach „Schutz des (ukrainischen) Vaterlandes“ wurde gestrichen, die Geschichte des Vaterlandes und Sozialwissenschaften nach republikanischem Lehrplan hinzugefügt.

Zuvor wurde berichtet, dass das Schuljahr in der LVR und DVR bis zum 1. Juli verlängert wurde.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/64/43964_720x405.jpg

vormittags:

6:45 de.rt.com: Pentagon: Vom Iran unterstützte Milizen und PKK kooperieren zusammen gegen türkische Truppen im Irak

Der US-Militärgeheimdienst behauptet, dass sich vom Iran unterstützte Milizen mit kurdischen Milizen abgestimmt hätten, um Angriffe auf die militärische Präsenz der Türkei im Nordirak zu starten. Ankara hat Mitte April eine Militäroperation im Nordirak gegen PKK-Stellungen gestartet.

Laut einem jüngsten Bericht des Generalinspektors des Pentagon glaubt der US-Militärgeheimdienst, dass sich vom Iran unterstützte Milizen mit kurdischen Milizen koordiniert hätten, um Angriffe auf die Militärpräsenz der Türkei im Nordirak durchzuführen. Die vom Iran unterstützten Milizen haben in letzter Zeit mehrfach Militäroperationen der Türkei gegen Kämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aus den Bergen des Nordiraks öffentlich kritisiert und die Verletzungen der Souveränität Iraks angeprangert.

Laut dem veröffentlichten Bericht stecken die schiitische Milizen auch hinter einer kleinen, aber zunehmenden Anzahl von Raketenangriffen auf türkische Streitkräfte sowohl im Irak als auch in Syrien in den letzten Monaten. Einige der Angriffe im Irak seien "in Zusammenarbeit mit der PKK" durchgeführt worden, behauptete der militärische Nachrichtendienst DIA der USA. "Nach türkischen Luftangriffen im Februar gegen die PKK-Stellungen im Nordirak führte eine neue mit Iran verbündete Milizgruppe einen Raketenangriff auf eine türkische Basis nördlich von Mossul durch", heißt es in dem Bericht.

"Die DIA schätzte ein, dass die Milizen wahrscheinlich weiterhin mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), von den USA als ausländische Terrororganisation eingestuft, als Reaktion

auf türkische Luft- und UAV-Angriffe auf PKK-Stellungen koordinieren werden", heißt es in dem Bericht.

Die türkische Armee startete nach eigenen Angaben Ende April eine umfangreiche Militäroperation gegen Kämpfer der zuerst von Ankara als Terrororganisation eingestuften "Guerillaorganisation" PKK. Das regelmäßige türkische Vordringen auf irakisches Territorium ruft aber offenbar nun die schiitische Milizen, und zwar die sogenannten al-Haschd asch-Scha'bī, auf den Plan.

Die türkischen Besatzungstruppen betreiben einen Stützpunkt bei Baschiqa im Nordirak, ohne dafür eine Genehmigung von der Regierung in Bagdad zu haben. Schiitische Milizen im Irak haben sich auf die Fahne geschrieben, die Souveränität des Landes zu verteidigen und jede Invasion oder jeden Versuch abzuwehren, das Land von außen zu destabilisieren.

Obwohl die PKK und die von der Iranischen Revolutionsgarde unterstützten schiitischen Milizen ideologisch auseinanderklaffen, haben beide gegen den sogenannten Islamischen Staat gekämpft. Die beiden Milizen-Gruppen haben letzter Zeit breite Netzwerke ihrer eigenen Einheiten im Irak und in Syrien aufgebaut, die sich den Versuchen der Zentralregierung in Bagdad widersetzt haben, ihre Autonomie in Frage zu stellen. Im vergangenen Jahr löste der iranische Botschafter im Irak, der ehemalige IRGC-Beamte Iraj Masjedi, einen diplomatischen Streit aus, als er Ankara ermahnte, seine Truppen aus dem Irak abzuziehen.

Bei der jüngsten Militäroffensive gegen die PKK scheint es der türkischen Führung gelegen gekommen zu sein, dass die Weltöffentlichkeit auf den Ukraine-Krieg blickt. Als das türkische Militär 2019 in Nordsyrien einmarschierte, war seinerzeit die Empörung im Ausland groß.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6272756248fbef7162096ffe.jpg>

7:00 de.rt.com: **Russische Streitkräfte kündigen weiteren humanitären Korridor für Evakuierungen in Mariupol an**

Das russische Militär hat eine Feuerpause und einen vorübergehenden Rückzug der eigenen Truppen angekündigt, um weitere Evakuierungen von Zivilisten aus dem belagerten metallurgischen Kombinat Asowstahl in der ukrainischen Hafenstadt Mariupol zu ermöglichen. Laut einer Erklärung des Koordinierungsstabs für humanitäre Maßnahmen des russischen Verteidigungsministeriums wird am Donnerstag, Freitag und Samstag jeweils von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr Ortszeit ein humanitärer Korridor eingerichtet, über den die verbleibenden Zivilisten das Werk sicher verlassen können.

Während dieser Zeit würden die Streitkräfte Russlands und der Volksrepublik Donezk "jegliche Kampfhandlungen einseitig einstellen, die Einheiten werden auf eine sichere Entfernung zurückgezogen", hieß es ferner. Die Soldaten sollen den Rückzug der geretteten Zivilisten in jede von ihnen gewählte Richtung sicherstellen, sowohl in das Gebiet der

Russischen Föderation als auch in die von der Ukraine kontrollierten Gebiete, so die Mitteilung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6272e6d4b480cc465f77efc8.jpg>

7:20 de.rt.com: **Palästinenser rufen UN-Sicherheitsrat zur Eindämmung israelischer Aktivitäten auf**

Die palästinensischen Behörden wandten sich an das höchste Gremium der Vereinten Nationen, um Israel dazu zu bewegen, die Aktivitäten radikaler jüdisch-nationalistischer Kräfte zu unterbinden. Medienberichten zufolge planen israelische Aktivisten in einer bedeutenden Moschee in Jerusalem eine Provokation.

Die palästinensische Führung hat am Dienstag den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dazu aufgerufen, Israel von Schritten abzuhalten, die die Spannungen in Jerusalem mit Palästinensern weiter anheizen könnten, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete. Zuvor waren Berichte verbreitet worden, denen zufolge jüdisch-israelische Aktivisten angeblich sich dazu entschlossen hätten, gewaltsam in die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem einzudringen.

Israelische Medien berichteten, dass Aktivisten einiger jüdischer Organisationen zu einem "Einbruch in das Gelände der Al-Aqsa Moschee" aufgerufen hatten. Die geplante Aktion soll am Donnerstag stattfinden.

Das palästinensische Außenministerium verurteilte die Pläne der Aktivisten, die den Medienberichten zufolge das Hissen der israelischen Flaggen zu hissen und das Vortragen der israelischen Nationalhymne in der Moschee umfassen würden. Das Ministerium kritisierte in einer Mitteilung, dass "diese Verstöße das offizielle israelische Beharren auf einer Eskalation der Situation und die Umsetzung seiner Pläne zur Aufrechterhaltung der Besatzung widerspiegeln".

Die palästinensischen Behörden riefen den Sicherheitsrat auf, "die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Druck auf Israel auszuüben, damit es seine Eskalation gegen das palästinensische Volk beendet".

Hussein Al-Scheich, Mitglied des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation, brandmarkte die Pläne der Extremisten als "eine empörende Missachtung der Gefühle der Palästinenser, Araber und Muslime" und "eine Fortsetzung der extremistischen rassistischen Kampagnen".

Die israelische Regierung äußerte sich bisher nicht zu den Aufrufen der israelischen Extremisten.

Seit dem Beginn des muslimischen Fastenmonats Ramadan Anfang April sind die

Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern hoch.

Ostjerusalem ist seit der Eroberung des Gebiets durch Israel im Sechstagekrieg im Jahr 1967 zwischen Palästinensern und Israelis umstritten. Während Palästinenser den Stadtteil als Hauptstadt eines zukünftigen eigenen Staates beanspruchen, annektierte Israel kurz nach der Eroberung das Gebiet in einem international nicht anerkannten Schritt.

Besonders brisant ist der Status des Tempelberges, auf dem sich die al-Aqsa-Moschee befindet, die eine besondere Bedeutung für Muslime hat. Aber auf dem Terrain soll sich in der Antike ebenfalls der israelitische Tempel befunden haben. Während die meisten jüdischen Strömungen eine Wiederrichtung des Tempels ablehnen und keine Schritte unternehmen, um den derzeitigen Status quo zu ändern, fordern nationalistisch-fundamentalistische jüdische Gruppen, den Tempelberg erneut als jüdische Glaubensstätte zu errichten. Die palästinensische Seite wirft den israelischen Behörden vor, trotz ihres offiziellen Bekenntnisses zum derzeitigen Status-Quo, der ein Verbot für jüdische Besucher des Areals für Gebetszwecke vorsieht, zu untergraben und stillschweigend die radikalen jüdischen Kräfte zu fördern, um zukünftig den Status der Al-Aqsa-Moschee infrage stellen zu können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62728de6b480cc7d7032e8c6.jpg>
g

8:29 (7:29) novorosinform.org: **Augenzeugen berichteten vom Beschuss einer Flüchtlingskolonne bei Charkow durch ukrainische Truppen**

Ukrainische Nazis töteten bei der Evakuierung aus Woltschansk mehrere Zivilisten.

Kämpfer der ukrainischen Armee haben auf dem Weg von Woltschansk nach Charkow eine Flüchtlingskolonne beschossen, [berichtet](#) RIA Novosti.

Einer der Augenzeugen der Tragödie sagte, dass infolge der Provokation mehrere Menschen starben und mehrere weitere verletzt wurden.

"Meine Großmutter starb vor meinen Augen, sie bekam einen direkten Treffer in den Kopf.

Eine Freundin, die mit mir in ihrem Auto gekommen war, starb. Ein 13-jähriges Mädchen starb, und ihre Mutter befindet sich jetzt in einem ernsten Zustand", sagte der Mann .

Er berichtete, dass der Beschuss begann, als ein Konvoi von mehreren Dutzend Autos in das besiedelte Dorf Sary Saltow einfuhr, das nicht von russischen Truppen kontrolliert wird.

Ukrainische Kämpfer eröffneten das Feuer von ausgerüsteten Stellungen am Kontrollpunkt.

Die Zivilisten, die überleben konnten, mussten kriechen, um dem Beschuss zu entkommen.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/71/43971_720x405.jpg

7:30 de.rt.com: **Russlands Unterhändler Sergei Kirijenko besucht Mariupol**

Der Vizechef des russischen Präsidialamtes, Sergei Kirijenko, hat zusammen mit dem Sekretär des Generalrats der Partei "Einiges Russland", Andrei Turtschak, die ukrainische Hafenstadt Mariupol besucht. Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, [veröffentlichte](#) in der Nacht zum Donnerstag auf Telegram Fotos von dem Besuch. Ihm zufolge sei dies eine inhaltssvolle Reise durch die befreiten Territorien im Donbass gewesen. In der Stadt am Asowschen Meer habe die Delegation das Iljitsch-Werk, den Seehafen und ein humanitäres Zentrum von "Einiges Russland" besucht. Außerdem habe auf dem Programm ein Besuch in den Ortschaften Wolnowacha und Donskoje gestanden. Die Menschen in der Volksrepublik Donezk verstünden den Besuch des ranghohen Kremlbeamten als Symbol, dass Russland für immer hierher zurückgekehrt sei, schrieb Puschilin.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/RYsBgnUzOxvOsVdRMc8F1n1w74NvFrPRNWWytxt1MHYhDLfadOO5FzNsPABjSBqNANw--2TtwJ2hI61kcKhJ4Py6EEeeGTDJ2cHio9DY4CyzJzhxktcK8jmlRWOiT2PugCjyFtjo03oavLIbL03p95OTzfNxXIPo_uXoL8DlDAQcdE0I9u6vBDenVth9CHlctIVkRa2MPCa0ARB4DiQ

[Z1jKKsBGs4aiWRfquLTnYvWcKSsIKozGVyr3XevOD8VtSwVGQYRIul7ftZTYlyiT4pKMfYXrOxvNsTpWnf0Pzc6hAyoW50bT-rW3oWFiCDvPAmWTip5V3pClxamIPkXJcg.jpg](https://www.de.rt.com/Z1jKKsBGs4aiWRfquLTnYvWcKSsIKozGVyr3XevOD8VtSwVGQYRIul7ftZTYlyiT4pKMfYXrOxvNsTpWnf0Pzc6hAyoW50bT-rW3oWFiCDvPAmWTip5V3pClxamIPkXJcg.jpg)

7:47 de.rt.com: **Wegen Ukraine-Krieg: USA verschieben Waffenlieferungen an Taiwan**

Die im August 2021 vereinbarte Lieferung von neuen Artilleriesystemen aus den USA an das taiwanesisches Militär wird sich um geschätzte drei Jahre verspäten. Grund dafür ist die Auslastung der US-amerikanischen Produktionslinien mit Waffen für die Ukraine.

Am Montag hat das taiwanesisches Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass sich die Ankunft neuer Artilleriesysteme aus den USA um etwa drei Jahre verzögern werde. Grund dafür sei die gegenwärtige Auslastung der Produktionslinien. Medienberichten zufolge soll Washington Taipehs Auftrag zurückgestellt haben, um verstärkt Waffen an die Ukraine liefern zu können. Die im August 2021 getroffene Vereinbarung hatte Lieferungen von US-amerikanischen Waffensystemen, darunter 40 Panzerhaubitzen vom Typ M109A6 Paladin an Taiwan vorgesehen. Dies war die erste von der Biden-Administration genehmigte Waffenlieferung an Taiwan. Nun sollen die Haubitzen frühestens im Jahr 2026 eintreffen – statt wie geplant Anfang 2023.

Laut der Mitteilung des taiwanesischen Verteidigungsministeriums sollen Beschaffungspläne von alternativ verfügbaren Waffen entworfen und ein entsprechender Haushaltsentwurf dem Landesparlament unterbreitet werden. So würden etwa LKW-basierte Raketenwerfer-Systeme des Herstellers Lockheed Martin als möglicher Ersatz in Erwägung gezogen.

Zusätzlich erklärte das Verteidigungsministerium am Dienstag, dass sich eine in diesem Jahr erwartete Lieferung von tragbaren Stinger-Luftabwehrraketen im Zusammenhang mit "Änderungen in der internationalen Lage" ebenfalls verzögern könnte. Eine verstärkte Nachfrage nach diesen Raketen geht nach Angaben von Associated Press gegenwärtig von der Ukraine aus.

Seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine hatten die USA ihre Waffenlieferungen an Kiew massiv verstärkt. Bidens Administration sicherte der Ukraine Lieferungen im Wert von 15 Milliarden US-Dollar zu, darunter 90 Panzerhaubitzen und 140.000 Stück Munition für diese. Zusätzlich beantragte der US-Präsident beim Kongress Hilfszahlungen an die Ukraine im Wert von 33 Milliarden US-Dollar, davon 20,4 Milliarden US-Dollar für Militärausgaben.

Am Sonntag erklärte Taiwans Außenminister Joseph Wu in einem Interview für den US-amerikanischen Fernsehsender CNN, dass sein Land den Konflikt in der Ukraine "sehr sorgfältig" beobachte und untersuche, "was wir von der Ukraine lernen können, um uns zu verteidigen." Nach Wus Meinung mache die Regierung Chinas ihre Eroberungspläne für Taiwan davon abhängig, wie und ob die USA der Insel helfen würden:

"Wenn Taiwan keine Unterstützung erhält, wird es, denke ich, grünes Licht für die Aggression geben."

Die Regierung der Volksrepublik China betrachtet Taiwan als eigenes Staatsgebiet. Zuvor hatte Peking den USA und der NATO die Schuld an der Eskalation des Ukraine-Konflikts gegeben und die US-Waffenlieferungen an Taiwan als Destabilisierung der Region und Schädigung der Beziehungen zwischen den USA und China verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62726f01b480cc78d84a475e.jpg>

8:08 de.rt.com: **Ramsan Kadyrow gibt Einnahme von Swetlitschnoje bekannt**

Das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, hat am frühen Donnerstagmorgen die Einnahme der Ortschaft Swetlitschnoje [bekannt](#) gegeben. Der Erfolg in der Lugansker Richtung sei durch koordinierte Handlungen tschetschenischer Kämpfer möglich geworden. Die Ortschaft werde durchkämt. Darüber hinaus seien erste Viertel der Ortschaft Nischneje eingenommen worden. Kadyrow kündigte einen humanitären Einsatz vor Ort an:

"Als nächste Etappe sollen auf den befreiten Territorien humanitäre Aktivitäten durchgeführt werden. Wir werden unser Bestes tun, um das normale Leben in Swetlitschnoje und in anderen Donbass-Gebieten so schnell wie nur möglich wiederherzustellen."

Der Tschetschenien-Chef bedankte sich bei allen Kämpfern, die die Aufgabe zur Befreiung von Swetlitschnoje glänzend gemeistert hätten.

9:27 (8:27) novorosinform.org: **Lieferanten missbrauchen die aktuelle Situation und erhöhen die Preise für Waren**

Fälle von Preiserhöhungen von Lieferanten vor dem Hintergrund eines stärkeren Rubels wurden vom Verband der Handelsunternehmen (AKORT) gemeldet. Die Organisation erklärte, man würde Verstöße individuell behandeln.

Igor Karawaejw, Vorsitzender des AKORT-Präsidiums, sagte, dass sich Einzelhandelsketten über Lieferanten beschwerten, die die Kosten ihrer Waren vor dem Hintergrund der Stabilisierung der russischen Währung nicht senken. Der Experte schlägt vor, diese Vorwürfe individuell zu prüfen.

"Alle Fälle des Missbrauchs der aktuellen Situation durch Einzelhandelsketten werden individuell geprüft", zitiert ihn TASS.

Der Bericht stellt auch fest, dass Einzelhandelsketten der ACORT-Mitglieder alle Anstrengungen unternommen hätten, um den Anstieg der Preise für lebenswichtige Waren einzudämmen. Insbesondere hätten sie eine freiwillige Begrenzung der Handelsspanne auf eine Reihe von gesellschaftlich bedeutsamen Gütern eingeführt.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/75/43975_720x405.jpg

8:31 de.rt.com: **Wladimir Selenskij hofft auf weitere Rettungsaktionen aus Mariupol**

Wladimir Selenskij hofft auf weitere erfolgreiche Evakuierungsaktionen für Zivilisten aus der Hafenstadt Mariupol. Die ukrainische Seite werde die dafür notwendigen Feuerpausen einhalten, sagte der ukrainische Präsident am Mittwoch in seiner abendlichen Videobotschaft aus Kiew. Der Politiker berichtete von einem Telefonat mit UN-Generalsekretär António Guterres über die Evakuierungen.

Nach Angaben der ukrainischen Seite waren zuvor am Mittwoch 344 Menschen aus der Stadt am Asowschen Meer und Umgebung auf das von der ukrainischen Armee kontrollierte Territorium geholt worden. Unterdessen kündigte die russische Armee für Donnerstag, Freitag und Samstag Feuerpausen an, um den Abzug von Zivilisten zu ermöglichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273644ab480cc3dcf1cb53d.jpg>

9:39 (8:39) novorosinform.org: **Die Nazis von "Asow" boten an, Zivilisten gegen Lebensmittel und Medikamente einzutauschen**

Ukrainische Kämpfer verstecken sich weiterhin im belagerten Asowstal-Werk.

Vertreter des Stabs der Operation zur Befreiung von Asowstal berichten, dass sie ein Angebot von Asow-Kämpfern erhalten haben, Zivilisten, die sich weiterhin auf dem Territorium des Stahlwerks aufhalten, gegen Lebensmittel und Medikamente auszutauschen, berichtet RIA Novosti .

Es sei darauf hingewiesen, dass der Kommandeur des Nazi-Bataillons „Asow“ am Vorabend des 4. Mai ein Video veröffentlichte, in dem er den Durchbruch russischer Truppen auf das Territorium des Werks meldete.

„Der Feind ist in das Werksgelände eingedrungen“, sagte er.

Auch Anton Geraschtschenko, Berater des des Innenministers der Ukraine, bestätigte den Durchbruch der Alliierten Streitkräfte der Russischen Föderation und der DVR und sagte, dass ein Elektriker, der Pläne für unterirdische Tunnel hatte, Hilfe beim Vordringen auf das Territorium der Anlage geleistet habe.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/76/43976_720x405.jpg

10:20 (9:20) novorosinform.org: **Das Dorf Troizkoje wurde von den Streitkräften der Ukraine befreit – Volksmiliz der DVR**

Die Soldaten räumten das Dorf vollständig von ukrainischen Kämpfern.

Die Volksmiliz der DVR berichtete über die vollständige Säuberung des Dorfes Troizkoje nördlich von Jasinowataja. Dies wurde heute während des Berichts der Volksmiliz der DVR bekannt gegeben.

„Das erste separate mechanisierte Bataillon der Territorialverteidigung der DVR hat mit Unterstützung von Spezialeinheiten das Dorf Troitskoje von Neonazis und Kiewer Kämpfern geräumt“, erklärte die Miliz.

Es sei darauf hingewiesen, dass das Dorf Troitskoje auf dem Weg nach New-York (der ehemaligen Siedlung Novogrodowka) liegt, von wo aus ukrainische Einheiten weiterhin die Siedlungen der DVR beschießen.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/79/43979_720x405.jpg

10:24 (9:24) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine installierten schwere militärische Ausrüstung in der Nähe von dicht besiedelten Gebieten von Charkow**
Haubitzen und MLRS wurden von ukrainischen Militanten auf dem Territorium einer experimentellen Zement- und Koksfabrik in der Nähe von Wohngebieten in Charkow installiert.

Einheiten der Streitkräfte der Ukraine haben D-30-Haubitzen und MLRS mit einer großen Anzahl von Tanks mit giftigen technischen Flüssigkeiten auf dem Gelände des Unternehmens stationiert, sagte Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungskontrolle Russlands. Er erklärte auch, dass bei einer Beschädigung der Tanks Chemikalien in die Atmosphäre freigesetzt und die Luft sowie das Gelände und die Wasserversorgung kontaminiert würden.

„Dies würde zu einer Massenvergiftung von Menschen führen. Die Militanten, die wissen, dass nur Zivilisten Opfer ihrer zynischen Aktionen werden, provozieren gezielt die russischen Streitkräfte, das Feuer zu erwidern, um russische Soldaten für mögliche Opfer unter der lokalen Bevölkerung verantwortlich zu machen.“, zitiert TASS Misinzews Worte.

Außerdem forderte der Generaloberst den Westen auf, die Provokationen der ukrainischen Behörden zu stoppen. Misinzew versicherte auch, dass in naher Zukunft geplant sei, Beweise für diese Hetze über westliche Medien und Internetressourcen weit zu verbreiten.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/80/43980_720x405.jpg

9:33 de.rt.com: **Ukrainische Kräfte nehmen zwei Ortschaften im russischen Grenzgebiet Belgorod unter Beschuss**

Der Gouverneur des russischen Gebiets Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow, hat auf Telegram berichtet, dass zwei Ortschaften in seinem Gebiet unter Beschuss geraten seien. Betroffen seien demnach Schurawljowka und Nechotejewka. In der letzteren Ortschaft seien ein Haus und eine Garage zerstört worden. Es gebe keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Der Beschuss dauere an.

Weitere Einzelheiten lagen zunächst nicht vor. Der Gouverneur schrieb, er werde weitere Informationen später bekannt machen.

10:45 (9:45) novorosinform.org: **Das transnistrische Militär hat eine Drohne mit Sprengstoff abgeschossen**

Unbekannte wollten im Bereich des Fernsehentrums Majak eine Provokation begehen. In Pridnestrowien wurde eine Provokation unterbunden, in deren Folge unbekannte Personen beabsichtigten, Sabotage im Bereich des Radio- und Fernsehentrums Majak zu begehen. Dies teilte der Leiter des Außenministeriums der PMR Vitali Ignatiew mit. Er sagte, dem Militär sei es gelungen, ein unbemanntes Luftfahrzeug mit Sprengstoff abzuschießen.

„Der rote, erhöhte Code der terroristischen Bedrohung bleibt bestehen. Es ist uns gelungen, die Drohne zu neutralisieren, die mit Sprengstoff in Richtung des Radio- und Fernsehentrums Majak flog“, sagte er Fernsehsender „Rossija 24“.

Ignatiew berichtete über die Aufrechterhaltung des Gefahrenniveaus in der Region. Nach Angaben des Militärs wurde die Drohne vom Territorium der Ukraine aus gestartet, etwa 6

km von der Grenze zu Transnistrien entfernt. Es wird darauf hingewiesen, dass im Falle einer Explosion kritische Ausrüstung des Fernsehentrums hätte zerstört werden können.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/82/43982_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 5.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 194 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression **starben 3 Zivilisten, 27 wurden verletzt**. 49 Wohnhäuser, 10 zivile Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 54 ukrainische Nationalisten, 2 Feuerpositionen der 120mm- und 82mm-Mörser, einen Panzer, 3 Schützenpanzerwagen und einen Lastwagen vernichtet. 2 122mm-Artilleriegeschütze und ein Schützenpanzer wurden erbeutet.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 05.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

7 Mann;

1 Schützenpanzerwagen;

3 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 28 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und Artilleriegeschützen des Kalibers 152 und 122mm auf Perwomajsk und Irmino abgefeuert.

Durch Beschuss

- **starb in Irmino ein Mann**, geb. 1944;

- wurden in Perwomajsk 2 Wohnhäuser beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurden, operativ ermittelt und vernichtet.**

Gestern sind in der LVR ausländische Journalisten eingetroffen, um über die Ereignisse im Donbass zu berichten. Den Journalisten wurde Rubeshnoje gezeigt, in dem örtliche Einwohner die gesamte Wahrheit über die Brutalität der nationalistischen Bataillone der Ukraine berichteten.

10:53 (9:53) deu.belta.by: **Belarussische Regierung verlängert Einfuhr- und Verkaufsverbot für eine Reihe von Waren**

Die Regierung hat das Einfuhr- und Verkaufsverbot für eine Reihe von Waren um sechs Monate verlängert. Das ist im Beschluss Nr. 273 des Ministerrats vom 4. Mai 2022 festgelegt. Der Beschluss wurde heute offiziell auf dem nationalen juristischen Internetportal veröffentlicht.

Der Beschluss Nr. 240 des Ministerrats vom 23. April 2021 enthält eine Liste von Waren, deren Einfuhr und Verkauf im Hoheitsgebiet von Belarus verboten ist. Diese Entscheidung wurde getroffen, um angesichts der feindseligen Handlungen gegen das belarussische Volk den Schutz der nationalen Interessen zu gewährleisten. Die Liste der verbotenen Waren umfasst Produkte der folgenden Unternehmensgruppen: Liqui Moly, Skoda Auto und Beiersdorf (Marken Nivea, Eucerin, La Prairie, Labello, Hansaplast, Florena, 8x4, Skin Stories, Gammon, Tesa, Chaul, Coppertone, Hidrofugal, Stop the water while using me). Mit seinem Beschluss Nr. 273 verlängert die Regierung das Verbot bis zum 04. November 2022.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1651737365_60568_big.jpg

10:31 de.rt.com: **Verteidigungsministerium in Moskau: Russische Flugabwehr schießt drei ukrainische Flugzeuge ab**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat auf seinem täglichen Pressebriefing von weiteren Raketenangriffen auf Militärobjecte in der Ukraine berichtet. Mit hochpräzisen Lufttraketen habe man Luftfahrttechnik auf dem Militärflughafen Kanatowo in der Nähe der Stadt Kirowograd zerstört. In der Stadt Nikolajew sei ein größeres Munitionslager und in der Nähe der Ortschaft Schowtnewoje im Gebiet Nikolajew ein Treibstoffdepot für ukrainische Kampffahrzeuge getroffen worden. Außerdem habe man den Kommandopunkt der 17. Panzerbrigade der ukrainischen Armee, vier Ansammlungen von Personal und Technik sowie zwei Militärlager auf dem Militärflughafen

in der Nähe von Kramatorsk zerstört. Nach Angaben von Konaschenkow habe die russische Luftwaffe im Laufe der Nacht weitere 93 Ansammlungen von Personal und Technik der ukrainischen Streitkräfte getroffen.

Ferner berichtete der Sprecher des Verteidigungsministeriums in Moskau über mehrere Artillerieangriffe auf Kommandopunkte, Munitionslager und Stellungen der ukrainischen Armee. Dadurch seien mehr als 600 Nationalisten getötet und 61 Kriegsgeräte zerstört worden.

Konaschenkow machte den Abschuss dreier ukrainischer Flugzeuge bekannt: Ein Su-24-Flugzeug sei in der Nähe der Insel Smeiny (Schlangensinsel), ein Su-27-Flugzeug in der Nähe der Ortschaft Ingulez im Gebiet Cherson und ein Su-25-Flugzeug in der Nähe der Ortschaft Koschewoje im Gebiet Dnepropetrowsk abgeschossen worden. Außerdem habe man im Laufe der Nacht 14 ukrainische Drohnen zerstört und zwei reaktive Geschosse des Typs Smertsch abgefangen.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau soll die Ukraine seit dem Beginn der sogenannten Sonderoperation Russlands insgesamt 149 Flugzeuge, 112 Hubschrauber, 726 Drohnen, 288 Raketenabwehrkomplexe, 2.834 Panzer und Panzerfahrzeuge sowie 325 Mehrfachraketenwerfer verloren haben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273840048fbef7417361d52.jpg>

11:00 de.rt.com: **Ukrainischer Inlandsgeheimdienst berichtet über Festnahme des oppositionellen Vloggers Anatoli Schari**

Der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU hat am Donnerstag von der Festnahme von Anatoli Schari in Spanien berichtet. Demnach habe die spanische Polizei den bekannten oppositionellen Videoblogger am 4. Mai gefasst. Der Einsatz sei in enger Kooperation zwischen dem ukrainischen Inlandsgeheimdienst, der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft und internationalen Partnern erfolgt. Die ukrainischen Behörden verdächtigen den 43-Jährigen des Landesverrats und werfen ihm illegale Aktivitäten vor, mit denen er der Sicherheit der Ukraine im Informationsbereich geschadet haben soll. Es gebe allen Grund anzunehmen, dass Schari im Auftrag ausländischer Strukturen gehandelt habe, heißt es in der SBU-Meldung.

Schari ist ein ukrainischer Journalist, Vlogger und Unternehmer. Seit Juni 2019 ist er Vorsitzender einer politischen Partei, die seinen Namen trägt. Der 43-Jährige ist für seine scharfe Kritik der ukrainischen Regierung und Medien bekannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627396e848fbef463066f56d.jpeg>

12:16 (11:16) novorosinform.org: **Das Feuer im Öldepot von Makejewka wurde gelöscht**
Das Feuer im Öldepot in Makejewka, das durch ukrainische Beschuss entstanden war, wurde gelöscht.

Das Feuer wurde dank der 24-Stunden-Arbeit des Ministeriums für Notsituationen in der Einrichtung gelöscht. Die Behörde berichtete, dass zum Löschen des Feuers im Öldepot ein großer Aufwand erforderlich war:

"36 Ausrüstungseinheiten und 149 Mitarbeiter des Ministeriums für Notsituationen der DVR waren beteiligt, um das Feuer zu löschen."

Das Feuer entstand am Mittwoch, in Brand gerieten zunächst vier Tanks mit Treibstoff von je fünftausend Tonnen. Aufgrund der großen Menge an brennbarem Brennstoff breitete sich eine Rauchwolke in kürzester Zeit über mehrere Städte der DVR aus.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/92/43992_720x405.jpg

11:33 de.rt.com: **Ukraine erwägt Lockerungen im Ausreiseverbot für Männer**

Nach Angaben des ukrainischen Präsidentenberaters Alexei Arestowitsch wird in der Ukraine über Lockerungen im Ausreiseverbot für Männer im wehrfähigen Alter diskutiert. Demnach könnten bestimmte Kategorien von Männern berechtigt werden, zumindest für kurze Zeit ins Ausland zu gehen. Unter solchen Kategorien nannte Arestowitsch Wissenschaftler und Geschäftsleute. Die dafür notwendige Gesetzesänderung werde allerdings Zeit brauchen, sagte der Präsidentenberater. Es sei in Kriegszeiten eine schwierige moralische, rechtliche und organisatorische Frage.

Derzeit ist die Ausreise für Männer zwischen 18 und 60 Jahren verboten. Ausnahmen gelten für Familienväter, die drei oder mehr minderjährige Kinder zu versorgen haben. Auch

[illegible]

11:43 de.rt.com: Baustart für Flüssiggas-Terminal in Wilhelmshaven – Deutsche Umwelthilfe protestiert

Heute hat in Wilhelmshaven der Bau des geplanten schwimmenden Terminals für Flüssigerdgas (LNG) begonnen. Die Deutsche Umwelthilfe kritisiert, der Baustart sei ohne Offenlegung der Unterlagen und Beteiligung von Umweltverbänden genehmigt worden. Wirtschaftsminister Habeck sieht in dem LNG-Terminal "eine gute Chance" für die "deutsche Gasversorgung".

Mit dem ersten Rammschlag haben am Donnerstag in Anwesenheit von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in Wilhelmshaven die Arbeiten für das geplante schwimmende Terminal für Flüssigerdgas (LNG) begonnen.

An dem neuen Anleger sollen möglichst noch Ende dieses Jahres erste Tanker mit tiefgekühltem LNG anlegen, das dort dann erwärmt und ins Gasnetz eingespeist werden soll. Auch an anderen Standorten in Deutschland sind Terminals zum Import von LNG geplant, unter anderem im niedersächsischen Stade und in Brunsbüttel in Schleswig-Holstein. Habeck sagte:

"Wir haben eine gute Chance, das zu schaffen, was eigentlich in Deutschland unmöglich ist: Innerhalb von etwa zehn Monaten ein LNG-Terminal zu errichten und es anzuschließen an die deutsche Gasversorgung."

Für den rund 370 Meter langen Anleger müssen 150 Stahlpfähle mit einer Länge von 50 Metern in den Meeresboden gerammt werden. Deutschland verfügt bislang noch nicht über ein eigenes LNG-Importterminal. Wilhelmshaven habe im Moment die Nase vorn, Brunsbüttel sei aber nur kurz dahinter, so Habeck.

Am Mittwoch hatte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) Widerspruch gegen den Bescheid des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) zur Errichtung des Terminals eingelegt. Wie es in einer Pressemitteilung hieß, fehle es an Belegen für den Nachweis des Bedarfs eines solchen Terminals. Zudem würden sensible Ökosysteme unumkehrbar zerstört, der Bau könne ein Unterwasser-Biotop sowie Schweinswale gefährden. Wirtschaftsminister Habeck habe außerdem noch keine konkreten Zahlen in Bezug auf die damit erreichbare Energieeinsparung vorgelegt. Deswegen werde ein Baustopp verlangt.

Habeck betonte, er verstehe die Anliegen der Umwelthilfe grundsätzlich.

"Ich liebe Schweinswale, ich komme von der Küste, ich bin der größte Schweinswal-Fan in der Bundesregierung."

Im Fall der LNG-Terminals müsse man dem überragenden Thema Energiesicherheit aber Vorrang geben.

Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies bezeichnete die Forderungen der Umwelthilfe als "bemerkenswert unangemessen". "Es arbeiten sehr viele Menschen Tag und Nacht unter Hochdruck daran, dass Deutschland möglichst schnell aus der russischen Umklammerung herauskommen kann beim Thema Gas", sagte der SPD-Politiker. "Die Übergangslösung mit schwimmenden LNG-Terminals ist dafür eine elementare Säule."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62738b23b480cc3eca7010a8.jpg>

nachmittags:

13:07 (12:07) novorosinform.org: **Ukrainische Kämpfer haben einen Strand nahe Cherson vermint**

Soldaten der russischen Nationalgarde entdeckten in der Region Cherson einen von ukrainischen Nationalisten verminten Strand.

Das Militär der Streitkräfte der Ukraine hat einen Abschnitt der Schwarzmeerküste mit Hilfe eines Schwimmtransporters vermint. Dies teilte ein Korrespondent der "Iswestija" mit.

"Die sich zurückziehenden Streitkräfte der Ukraine verließen ihre Feuerstellungen. Es wurde ein Schwimmtransporter gefunden, mit dessen Hilfe sie die Küste verminten, damit die Landungstruppen der Streitkräfte der Russischen Föderation nicht in das Territorium eindringen können. Die Minen, die installiert wurden, hatten eine TNT-Ladung, waren gut getarnt und in einer Tiefe von bis zu 7 Metern installiert, um Boote und Schiffe unserer Flotte zu zerstören", sagte ein russischer Soldat dem Journalisten.

Er stellte fest, dass die Pioniere etwa 70 Minen zerstört hätten. Die Anwohner hätten immer noch Angst, sich den Stränden zu nähern, da das ukrainische Militär die gesamte Küste der Region Cherson vermint habe. Jetzt helfen russische Spezialisten, die Region auf die Ferienzeit vorzubereiten.



https://www.novorosinform.org/content/images/39/98/43998_720x405.jpg

13:39 (12:39) novorosinform.org: **Beschuss der Region Belgorod durch ukrainische Kämpfer beendet**

Der Gouverneur sagte, der Beschuss der Dörfer sei beendet. Im Ergebnis wurden fünf Häuser und eine Stromleitung beschädigt. Es gab keine Opfer unter Zivilisten.

Der Beschuss von zwei Dörfern in der Region Belgorod – Shurawlewka und Nechotejewka – endete vor etwa einer Stunde, teilte Gouverneur Wjatscheslaw Gladkow mit. Er sprach auch über Schäden an der Infrastruktur infolge der Aktionen ukrainischer Kämpfer.

„Es gibt Schäden an Stromleitungen, fünf Haushalte sind betroffen, davon ein Haus schwer beschädigt. Es gibt keine Opfer unter der Zivilbevölkerung“, zitiert Iswestija Gladkows Worte.

Zuvor hatte die Verwaltung der Region Belgorod bereits über „Ankünfte“ ukrainischer Granaten berichtet. So wurde am 24. April auf einem Feld im Dorf Otradnoje Munition gefunden. An Gebäuden entstand damals kein Schaden.



https://www.novorosinform.org/content/images/40/01/44001_720x405.jpg

13:44 (12:44) novorosinform.org: **Sharij gegen Kaution nach Barcelona entlassen**

Anatoli Sharij wurde nach Verhängung eines Reiseverbots nach Barcelona entlassen. Dort wird er auf eine Entscheidung warten, ihn den ukrainischen Behörden zu übergeben.

Der ukrainische politische Flüchtling und Blogger Anatoli Sharij wurde aufgrund eines internationalen Haftbefehls in der Stadt Tarragona festgenommen. Jetzt wurde er in Erwartung einer Gerichtsentscheidung, ihn an die Ukraine auszuliefern, freigelassen, so der Telegram-Kanal „Deshurnyj po Donbassu“ unter Berufung auf Korrespondenten der Allrussischen staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft:

"Anatoli Sharij wurde gegen Kaution freigelassen und wird nach Barcelona zurückkehren, wo er auf eine gerichtliche Entscheidung über die Auslieferung warten wird."

Sharij war auf Antrag des SBU wegen Verdachts auf Hochverrat festgenommen worden.



https://www.novorosinform.org/content/images/40/02/44002_720x405.jpg

13:05 de.rt.com: **Alexander Lukaschenko: "Ich nehme an, die Sonderoperation hat sich in die Länge gezogen"**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat in einem Interview mit der US-Nachrichtenagentur Associated Press seine Meinung über den Verlauf der sogenannten russischen Sonderoperation in der Ukraine geäußert. Zwar räumte Lukaschenko ein, dass er sich mit dem Thema nicht gründlich genug auskenne, um zu sagen, ob sie nach Plan verlaufe. Er erklärte aber:

"Ich will noch einmal betonen, dass ich annehme, dass sich die Sonderoperation in die Länge gezogen hat.

Gleichzeitig sagte der weißrussische Staatschef, die Ukraine bekunde kein Interesse an den

Friedensverhandlungen mit Russland.

"Ich weiß, was Russland der Ukraine anbietet. Warum aber die Ukraine, auf deren Boden faktisch ein Krieg, Kriegshandlungen geführt werden und Menschen sterben, an diesen Verhandlungen nicht interessiert ist, ist eine weitere Frage. Die Antwort darauf lässt sich in Washington finden."

Sollte Washington Kiew befehlen, die Kampfhandlungen einzustellen, würde der Konflikt binnen einer Woche zu Ende gehen.

Lukaschenko unterstrich, dass sein Land jeden Krieg kategorisch ablehne. Seine Regierung habe alles getan, um diesen Krieg nicht zuzulassen, und bemühe sich weiter, um ihn zu stoppen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273a67a48fbef71620970e2.jpg>

14:51 /13:51) novorosinform.org: **Ukrainischer Militär hat offen die Vernichtung der Russen als Nation angekündigt**

Im Internet ist ein Video aufgetaucht, in dem ein ukrainischer Kämpfer sagt, dass die Zerstörung der russischen Nation das Ziel der Streitkräfte der Ukraine sei.

Der ukrainische Nazi nahm eine Videobotschaft auf, in der er erklärte, dass die Streitkräfte der Ukraine keine russischen Soldaten mehr gefangen nehmen würden. Dies wird vom Telegram-Kanal „MIG“ gemeldet.

„Diese Nation muss zerstört werden. Und unser ganzes Militär, unser ganzes Volk weiß, dass niemand vom russischen Militär gefangen genommen werden sollte“, sagte der Kämpfer.

Später erschienen die Daten des Autors des Videos im Internet. Es stellte sich heraus, dass es Alexej Serdjuk war. Das Video zeigt auch den Neonazi Dmitri Kortschinski, der sagte, dass ein Friedhof für russische Soldaten rentabler sei als ein Gefängnis.



https://www.novorosinform.org/content/images/40/05/44005_720x405.jpg

14:59 (13:59) novorosinform.org: **Russische Streitkräfte sind sich des US- und NATO-Geheimdiensttransfers in die Ukraine bewusst – Peskow**

Es wäre naiv zu glauben, dass das Bündnis und insbesondere die USA nur Waffen an die Ukraine liefern. Diese Meinung äußerte der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation Dmitri Peskow.

Peskow bemerkte, dass der Kreml „keinen Zweifel“ daran habe, dass der westliche Geheimdienste Daten über russische Truppen in die Ukraine übermitteln. Gleichzeitig sagte er, dass diese Maßnahmen in keiner Weise zu einem schnellen und friedlichen Ende des Konflikts in der Ukraine beitragen würden und dass ihre Wirksamkeit etwas übertrieben werde.

„Es muss berücksichtigt werden, dass die an die Ukraine übermittelten Informationen der Armee der Russischen Föderation keinen nennenswerten Schaden zufügen und nicht dazu beitragen werden, den Konflikt schneller zu beenden“, wird der Pressesprecher des russischen Präsidenten in [NewsUA.RU](https://www.newsua.ru/) zitiert.

Zuvor sprach zu diesem Thema der Doktor der Militärwissenschaften Konstantin Siwkow. Er erklärte, dass die Vereinigten Staaten aufgrund der Übermittlung von Informationen über die Bewegungen der russischen Streitkräfte selbst direkt in einen militärischen Konflikt mit Russland eingetreten seien.



https://www.novorosinform.org/content/images/40/06/44006_720x405.jpg

14:03 de.rt.com: **Russland weist sieben dänische Diplomaten aus**

Als Reaktion auf die Ausweisung russischer Diplomaten aus Dänemark weist Russland nun seinerseits sieben Mitarbeiter der dänischen Botschaft in Moskau aus. Das russische Außenministerium hat nach eigenen [Angaben](#) am 5. Mai den dänischen Botschafter Carsten Søndergaard einberufen. Der entschiedene Protest wurde mit einer unberechtigten Ausweisung von 15 Mitarbeitern der russischen Botschaft und Handelsvertretung in Kopenhagen und mit dänischen Militärhilfen für die Ukraine begründet. Sieben dänische Diplomaten müssten nun innerhalb von zwei Wochen Russland verlassen. Einem weiteren Diplomaten sei das Visum verweigert worden. Moskau behalte sich zudem weitere Maßnahmen vor.

14:16 de.rt.com: **"New York Times": USA liefern Ukraine Geheimdienstinformationen für Attacken auf russische Generäle**

Dass die USA ihre nachrichtendienstlichen Informationen über die Gefechtslage in der Ukraine an Kiew weitergeben, wurde bereits im März vom Weißen Haus bestätigt. Wie nun die "New York Times" berichtet, habe Kiew auch Daten bekommen, um mehrere russische Generäle zu töten.

Wie es in einem aktuellen Bericht der New York Times heißt, sollen die USA das ukrainische Militär mit Daten versorgt haben, um russische Generäle zu töten. Die Zeitung berief sich auf

Aussagen namentlich nicht genannter ranghoher US-Militärs.

Laut Bericht sollen die USA insbesondere die Standorte der "mobilen Hauptquartiere der russischen Armee" ausfindig machen und die Informationen an die ukrainischen Streitkräfte weitergeben. Demnach soll die ukrainische Armee "diese geografischen Daten mit ihren eigenen Erkenntnissen kombiniert" haben, um Artillerieangriffe sowie weitere Attacken durchzuführen. So sollen seitens der USA auch Daten über russische Einheiten geliefert worden sein, die es den Ukrainern ermöglicht, dass Washington seine nachrichtendienstlichen Informationen an Kiew weitergibt, wurde bereits vor Wochen vom Weißen Haus bestätigt. So erklärte die Pressesprecherin Jan Psaki Anfang März, dass die USA "der ukrainischen Regierung regelmäßig eine beträchtliche Menge an detaillierten und aktuellen Geheimdienstinformationen über die Pläne und Aktivitäten Russlands" zur Verfügung gestellt hätten, "um den Ukrainern zu helfen, sich zu verteidigen."

Wie die US-Geheimdienste an ihre Informationen über russische Truppenbewegungen gelangen, wollten die Gesprächspartner von New York Times demnach nicht erläutern, "um ihre Beschaffungsmethoden" nicht zu gefährden. Wie es im Bericht aber weiter heißt, sollen sie während des gesamten Krieges in der Ukraine "eine Vielzahl von Quellen" genutzt haben, "darunter auch geheime und kommerzielle Satelliten".

Dem Nationalen Sicherheitsrat der USA gehe es bei der Bereitstellung von Geheimdienstinformationen demnach nicht primär darum, russische Generäle zu töten, erklärte die Behörde nach Veröffentlichung des Artikels. Die Sprecherin des Sicherheitsrats, Adrienne Watson, wiederholte fast wortgleich den Satz, den die Pressesprecherin des Weißen Hauses vor rund zwei Monaten gesagt hatte: Die US-Regierung stelle "Informationen auf dem Schlachtfeld zur Verfügung, um den Ukrainern bei der Verteidigung ihres Landes zu helfen". Auch Pentagon-Sprecher John Kirby bestätigte allgemein, dass die USA Informationen an Kiew lieferten, "die es braucht, um sich verteidigen zu können". Zu Details äußere man sich aber nicht.

Gegenüber der New York Times hätten die US-Militärs, mit denen sie gesprochen haben, jedoch dementiert, dass die USA Informationen über einen angeblichen Frontbesuch des russischen Generalstabschefs Waleri Gerassimow in der Ukraine an Kiew weitergegeben haben. Die ukrainische Seite hatte behauptet, vergangene Woche nahe der Stadt Isjum mehrere ranghohe russische Offiziere getötet zu haben. Dabei soll auch der russische Generalstabschef durch einen Splitter am rechten Bein verletzt worden sein. Moskau hat die Behauptungen bislang nicht kommentiert.

Gerassimow war nach US-Angaben aber schon vorher wieder aus der Ostukraine abgereist. Für den Tod anderer Generäle seien die Informationen der US-Geheimdienste "jedoch entscheidend" gewesen, hätten die Beamten gegenüber der Zeitung eingeräumt.

Die Administration von US-Präsident Joe Biden hat der Ukraine bereits Waffen im Wert von Hunderten von Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt, darunter etwa Javelin-Panzerabwehrraketen und Stinger-Flugabwehrraketen.

Nun gibt es aber seit Wochen in verschiedenen US-Medien Berichte darüber, dass es zwischen Washington und Kiew seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine Ende Februar auch eine enge Zusammenarbeit in puncto Weitergabe von Daten der Geheimdienste gäbe. Der Bericht in der New York Times ist der bislang aktuellste in dieser Reihe.

So hatte etwa der Fernsehsender NBC jüngst berichtet, dass der US-Geheimdienst der Ukraine mit Bereitstellung seiner Daten geholfen habe, ihre Luftabwehr zu verlagern, um russischen Angriffen auszuweichen. Darüber hinaus würde die CIA laut NBC "beträchtliche Ressourcen" aufwenden, um nachrichtendienstliche Informationen zu sammeln, um den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zu beschützen, den demnach "die Russen töten wollen". Auch soll das ukrainische Militär dank der Geheimdienstinformationen von den US-Amerikanern in den ersten Tagen der Kampfhandlungen auch ein russisches Transportflugzeug abgeschossen haben.

Dem Bericht von NBC zufolge hätten das US-Militär sowie der US-Auslandsgeheimdienst CIA bereits 2014, nach der Wiedereingliederung der Krim in die Russische Föderation, damit begonnen, ihre Beziehungen zu ukrainischen Partnern kontinuierlich zu vertiefen. Die CIA hätte demnach den ukrainischen Geheimdiensten zunächst dabei geholfen, russische Spione ausfindig zu machen. Danach hätte man Schulungs- und Beratungsangebote für ihre Mitarbeiter bereitgestellt.

Der US-Sender berief sich dabei auf Aussagen ehemaliger hochrangiger US-Beamter. Auch das US-Militär bildete ukrainische Soldaten aus. "Es gab in den letzten acht Jahren eine sehr solide Beziehung zwischen den US-Geheimdiensten und den Ukrainern", zitierte NBC einen US-Beamten.

Seit Beginn der Amtszeit von US-Präsident Biden haben die USA mehr als drei Milliarden Dollar an "Sicherheitsunterstützung" an die Ukraine geliefert. Jüngst, nach einem Besuch in Kiew, hatte US-Außenminister Antony Blinken vor Reportern erklärt, dass die Unterstützung der USA für die Ukraine in Zukunft weitergehen werde. "Sie wird weitergehen, bis wir einen endgültigen Erfolg sehen", so Blinken. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, der ebenfalls bei dieser Reise dabei war, ergänzte, dass Washington wolle, dass die Ukraine "ein souveränes Gebiet bleibt, ein demokratisches Land, das in der Lage ist, sein Staatsgebiet zu schützen". Moskau hatte wiederholt erklärt, dass eine derartig massive Unterstützung der Ukraine mit Waffen die Lage nur destabilisiere und die Aussichten auf einen Frieden in der Region behindere. Letzten Monat warf der russische Außenminister Sergei Lawrow der von den USA angeführten NATO-Militärallianz vor, "im Wesentlichen über einen Stellvertreter in den Krieg gegen Russland zu ziehen und diesen Stellvertreter zu bewaffnen".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62737eae480cc3eca70108e.jpg>

15:04 de.rt.com: **Jerusalem: Israelische Polizei stürmt erneut Gelände der al-Aqsa-Moschee**

Israelische Sicherheitskräfte verschafften erneut einer Gruppe radikaler jüdischer Aktivisten Zutritt zum Gelände der drittheiligsten Stätte des Islam, der al-Aqsa-Moschee. Dabei setzte die Polizei Tränengas und Gummigeschosse gegen muslimische Gläubige ein.

Israelische Sicherheitskräfte haben am Donnerstag erneut das Gelände der drittheiligsten islamischen Stätte, der al-Aqsa-Moschee in Jerusalem, betreten und sich dort Auseinandersetzungen mit Hunderten Palästinensern geliefert, wie die kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina berichtete. Ziel der israelischen Polizei war es, radikalen jüdischen Aktivisten Zugang zu dem Gelände zu verschaffen.

Bei den Zusammenstößen mit den Palästinensern setzten die israelischen Sicherheitskräfte Tränengas und Gummigeschosse ein. Die Palästinenser riefen Losungen gegen die israelische Besatzung. Berichten palästinensischer Medien zufolge soll es auch im Innenhof der Moschee zu Zusammenstößen gekommen sein.

Zwei hochrangige muslimische Geistliche der Moschee verurteilten die israelischen Aktionen. Andere palästinensische politische Gruppen, darunter die Volksfront zur Befreiung Palästinas, riefen zu Widerstandsaktionen in den besetzten Gebieten auf.

Der israelische Parlamentsabgeordnete Itamar Ben-Gvir, der die rechtsextremistische Partei Otzma Jehudit anführt, forderte am Donnerstag die Errichtung einer Synagoge im Innenhof der Moscheeanlage, was die Stimmung wohl weiter anheizen dürfte. Ben-Gvir war in der Vergangenheit immer wieder mit ähnlich provokativen Statements aufgetreten. So hatte er etwa auch die Ausweisung angeblich nichtloyaler israelischer Staatsbürger arabischer Herkunft gefordert.

Im April war es zu einer drastischen Eskalation der Spannungen rund um die al-Aqsa-Moschee gekommen, da israelische Streitkräfte mehrmals gegen palästinensisch-muslimische Gläubige vorgegangen waren, um radikalen jüdischen Aktivisten Zutritt zum Gebäudekomplex zu verschaffen. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen hatte Tel Aviv den Zutritt zum Gelände der Moschee für Nicht-Muslime bis zum Ende des Fastenmonats Ramadan am 1. Mai verboten.

Seit der Eroberung Ostjerusalems durch Israel im Sechstagekrieg im Jahr 1967 ist der Stadtteil Anlass für Streit zwischen Palästinensern und Israelis. Palästinenser beanspruchen Ostjerusalem als Hauptstadt eines zukünftigen eigenen Staates, Tel Aviv hingegen annektierte das Gebiet kurz nach der Eroberung. Dieser Schritt wird jedoch international nicht anerkannt. Der Status des sogenannten Tempelberges ist besonders kontrovers. Schon im Jahr 2000 hatte ein Besuch des damaligen Oppositionsführers Ariel Scharon, von bewaffneten Sicherheitskräften begleitet, zum Beginn der sogenannten al-Aqsa-Intifada geführt, bei dem es auch zu vielen Terrorangriffen in Israel kam. Erst 2005 hatte ein Waffenstillstand vereinbart werden können, der sich jedoch als brüchig erwies und weitere Gewalttaten auf beiden Seiten nicht verhindern konnte.

Auf dem Tempelberg befindet sich die al-Aqsa-Moschee, die eine besondere Bedeutung für Muslime hat. In der Antike soll sich dort ebenfalls der israelitische Tempel befunden haben. Während der Mainstream des Judentums einen Wiederaufbau des Tempels in absehbarer Zukunft ablehnt und Schritte fordert, um den derzeitigen Status quo des Geländes zu ändern, fordern nationalistisch-fundamentalistische jüdische Gruppen, den Tempelberg erneut als jüdische Glaubensstätte zu errichten.

Palästinensische Verantwortliche beschuldigen die israelischen Regierung, das bestehende Zutrittssystem, das ein Verbot des Areals für jüdische Besucher zu Gebetszwecken vorsieht, trotz ihres offiziellen Bekenntnisses zu untergraben und stillschweigend die radikalen jüdischen Kräfte zu fördern. Die palästinensische Seite vermutet dahinter die Absicht, zukünftig den Status der al-Aqsa-Moschee infrage zu stellen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273a4cab480cc609b1b0552.jpg>
g

15:42 de.rt.com: **Ungarn kündigt Widerspruch zum geplantem EU-Embargo gegen russisches Erdöl an**

Ungarn zufolge stellen Brüssels aktuelle Pläne für ein Embargo gegen russisches Erdöl und raffinierte Erdölprodukte eine gravierende Bedrohung für die Energiesicherheit des Landes dar. Daher will Budapest eine Ausnahme für Pipeline-Erdöl.

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat am Mittwoch erklärt, dass die Regierung seines Landes das in Arbeit befindliche antirussische Sanktionspaket der Europäischen Kommission in seiner jetzigen Form nicht unterstützen könne, da es die Sicherheit der ungarischen Energiebezugsquellen "zerstören" werde, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Am Mittwoch hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das sechste Sanktionspaket gegen Russland vorgestellt. Darin vorgesehen ist auch die schrittweise Einstellung russischer Roherdölimporte sowie raffinierter Erdölprodukte innerhalb von sechs Monaten.

In einer Videobotschaft, die Ungarns Topdiplomate auf seiner Facebookseite veröffentlichte, erklärte Szijjártó:

"Die neuen Beschränkungen würden ein relativ kurzfristiges Verbot von Rohöllieferungen aus Russland nach Europa beinhalten, das im Falle Ungarns ab Ende nächsten Jahres gelten würde."

Zwar seien die Energielieferungen an Ungarn derzeit noch sicher und stabil, aber das von der EU-Kommission vorgeschlagene Sanktionspaket drohe sie "komplett zu zerstören". Es werde so für Ungarn unmöglich, genug Erdöl zu importieren, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, warnte Ungarns Außenminister und fügte hinzu:

"Dies ist keine Frage des mangelnden politischen Willens, keine Frage der Absicht, keine Frage des Zeitrahmens, sondern ganz einfach eine physische, geografische und infrastrukturelle Realität."

Szijjártó erinnerte daran, dass sein Land ein Binnenstaat sei, das über keine Zugänge zum Meer verfüge und daher keine Möglichkeiten habe, mit Tankern Erdöl aus anderen Bezugsquellen zu beziehen.

Zudem seien die ungarischen Erdölraffinerien darauf ausgerichtet, russisches Erdöl zu verarbeiten. Andere Erdölvarianten wie Brent kämen für sie nicht in Frage. Die Pipelines aus Russland seien die einzige Möglichkeit für Ungarn, Erdöl zu beziehen. Der ungarische Spitzendiplomat erklärte:

"Die (ungarische) Regierung kann es nicht verantworten, dem jüngsten Sanktionspaket in seiner jetzigen Form zuzustimmen."

Um die Zustimmung Budapests zum Paket zu erhalten, müsse Brüssel Erdöllieferungen über Pipelines von dem geplanten Embargo gegen Russland ausnehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273937bb480cc4524227d80.jpg>

16:10 de.rt.com: **Wladimir Selenskij will neuen Marshall-Plan für Ukraine**

Bei der internationalen Geberkonferenz in Warschau hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij eine moderne Version des Marshall-Plans für den Wiederaufbau seines Landes gefordert. Für die Rückkehr zu einem sicheren Leben werde die Ukraine Geld, Technologie, Fachleute und Wachstumsperspektiven benötigen, sagte der Politiker am Donnerstag per Videoschalte.

"Das wird eine Investition in die Stabilität von ganz Mittel- und Osteuropa sein."

Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagte, die Ukraine benötige 12.000 Tonnen humanitäre Hilfe jeden Tag. Momentan erhalte sie aber nur etwa ein Viertel davon.

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen kündigte ein weiteres Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 200 Millionen Euro an. Damit sage die EU dem ukrainischen Volk:

"Euer Kampf ist unser Kampf."

Die von Polen und Schweden gemeinsam organisierte Geberkonferenz soll Geld für humanitäre Hilfe für das osteuropäische Land sammeln. Partner der Konferenz sind die Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates. Auch die Vereinten Nationen beteiligen sich. Nach Schätzungen der UNO benötigen in der Ukraine mehr als zwölf Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe, darunter Nahrung, medizinische Versorgung und Unterkünfte. Die internationale Organisation appelliert an die internationale Gemeinschaft, 2,25 Milliarden US-Dollar für die Ukraine zu sammeln.

16:40 de.rt.com: **Selenskij-Berater: Ukrainische Gegenoffensive startet nicht vor Mitte Juni**

Nach Einschätzungen des Beraters des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij dürfte die Ukraine mit einer Gegenoffensive bis Mitte Juni warten. Wie Präsidentenberater Alexei Arestowitsch sagte, werde die Ukraine bis dahin hoffentlich mehr Waffen aus dem Ausland erhalten haben. Er rechne zudem nicht damit, dass die russische Offensive vor dem 9. Mai irgendwelche "bedeutenden Ergebnisse" bringe.

16:40 de.rt.com: **Kreml trotz Waffenlieferung des Westens an die Ukraine siegessicher**

Ungeachtet der westlichen Unterstützung für die Ukraine durch Waffenlieferungen zeigt sich Russland weiterhin siegessicher. Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte:

"Unserem Militär ist bekannt, dass die USA, Großbritannien und die NATO als Ganzes ständig Geheimdienstinformationen und andere Daten an die ukrainischen Streitkräfte übermitteln."

Weiter verwies er auf die Waffenlieferungen westlicher Staaten an die Ukraine:

"Das sind alles Handlungen, die nicht zum schnellen Abschluss der Operation beitragen, aber zugleich nicht in der Lage sind, das Erreichen der für die militärische Spezialoperation gesetzten Ziele zu verhindern."

Einem Bericht der New York Times zufolge erhält die Ukraine unter anderem Geheimdienstinformationen aus den USA.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 5. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben die Modernisierung von Kommunikationsobjekten in Wolodarskoje und Nowotroizkoje abgeschlossen.

Energietechniker haben Reparaturen an den Hochspannungsleitungen Asowskaja – Gord-5

Nr. 1, Olginka – Pionerlager, Olginka – IPS, Olginka – Iswestkowyj Sawod und Karantjagowaja – DchMS-1 vorgenommen. In Kalinowka wurde die Leitung vollständig wiederhergestellt und ist bereits in Funktion.

In 12 Ortschaften wurden Renten ausbezahlt. Außerdem haben Spezialisten 890 Anträge auf Wiederaufnahme und Festsetzung von Renten angenommen.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 1420 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 5 Hektar Territorium und 295 Objekte kontrolliert und 7.297 explosive Objekte entdeckt. Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 10.267 humanitäre Pakete ausgegeben.

In Mariupol, Wolnowacha, Wolodarskoje und Mangusch hat das Kohle- und Energieministerium der DVR Treibstoffverkauf an Tankstellen organisiert.

Nach Mariupol wurden 62 Tonnen Wasser und 2 Tonnen Brot geliefert und die Verteilung organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirkabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:25 de.rt.com: **Weißrusslands Präsident: Es liegt am Westen, den Ukraine-Konflikt zu beenden**

Das weißrussische Staatsoberhaupt hat in einem Interview die Position seines Landes in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine erklärt. Russland sei nicht an einer globalen Konfrontation interessiert, die ukrainische Führung handle nicht selbstbestimmt, so Lukaschenko.

Am Mittwoch hat der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko der Nachrichtenagentur Associated Press ein Interview gegeben. In dem etwa anderthalbstündigen Gespräch erörterte er unter anderem Weißrusslands Position im laufenden Ukraine-Konflikt und umriss die Perspektiven einer diplomatischen Lösung.

Der Präsident vertrat den Standpunkt, dass sein Land alles tun würde und tue, um den Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu vermeiden. Der Beginn der Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine sei Weißrusslands Verdienst. Nach seiner Einschätzung habe sich Russlands militärische Operation in der Ukraine "in die Länge gezogen". Gleichzeitig kritisierte Lukaschenko die Ukraine implizit für ihr Desinteresse an Verhandlungen:

"Ich kenne Russlands Position. Ich weiß, was Russland der Ukraine vorschlägt. Aber warum die Ukraine, auf deren Gebiet faktisch Krieg herrscht, Kampfhandlungen stattfinden, Menschen sterben, nicht an diesen Verhandlungen interessiert ist, ist eine weitere Frage."

Die Antwort auf diese Frage sei in Washington zu suchen, so Lukaschenko weiter. Er äußerte die Vermutung, dass die Ukraine keine selbstbestimmte Politik führen könne, sondern vom Westen gelenkt werde:

"Möglicherweise will die ukrainische Führung, kann aber nicht. Und zwar aus einem Grund: Heute regiert nicht Selenskij die Ukraine. Möge er mir verzeihen, das ist meine Meinung. Die Ukraine wird vom Westen regiert."

Den Konflikt zu deeskalieren beziehungsweise zu beenden, stehe daher in der Macht der USA. Sollte Biden Interesse an einem Ende der Kämpfe verkünden, wäre der Krieg "in einer Woche beendet", so Lukaschenko.

In Bezug auf Weißrussland hob der Präsident hervor, dass sein Land an keinem Krieg interessiert sei und niemanden bedrohe:

"Wir bedrohen niemanden und werden es auch nicht tun. Mehr noch, wir können das nicht, denn wir wissen, wer uns gegenübersteht. Deswegen ist es absolut nicht im Interesse des weißrussischen Staates, irgendeinen Konflikt mit dem Westen zu entfachen. Der Westen kann ruhig schlafen."

Auf die Frage nach einem möglichen Atomwaffeneinsatz im Falle einer endlosen Dauer der Kampfhandlungen in der Ukraine antwortete Lukaschenko, dass dies inakzeptabel sei. Er hob hervor, dass Weißrussland als Nachbarland der Ukraine davon besonders betroffen wäre. Der weißrussische Staatschef vermutete, dass auch Russlands Präsident Wladimir Putin eine "globale Konfrontation mit der NATO" vermeiden wolle. Und er mahnte:

"Nutzt das und tut alles, damit das nicht passiert."

Nach dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine hatten die USA, die EU und ihre Verbündete Weißrussland einer Unterstützung Russlands beschuldigt und beide Länder mit einer Vielzahl von Sanktionen belegt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273d97f48fbef463066f5e4.jpg>

abends:

18:05 de.rt.com: Ukraine will russische "Propagandaliteratur" aus Bibliotheken verbannen

Das ukrainische Ministerium für Kultur und Informationspolitik hat eine Empfehlung für die Beschlagnahmung von Werken der russischen Literatur aus den Bibliotheken ausgearbeitet, die das Ministerium als "propagandistisch" einstuft. Am Donnerstag teilte das Ministerium mit:

"Das Ministerium für Kultur- und Informationspolitik arbeitet daran, russische Propagandaliteratur aus dem ukrainischen Bibliotheksbestand auszuschließen, um sie durch qualitativ hochwertige ukrainischsprachige Literatur und Bücher ukrainischer Verlage zu

ersetzen."

Dies geschehe "auf der Grundlage entsprechender Richtlinien, die vom Bibliotheksrat des Ministeriums für Kultur und Informationspolitik entwickelt und genehmigt wurden. In diesem Rat sind führende Spezialisten des Bibliothekswesens aus der ganzen Ukraine vertreten". Am 14. März 2022 hatte das Staatliche Komitee für Fernsehen und Rundfunk der Ukraine gemeldet, dass die Einfuhr und der Verkauf aller Druckerzeugnisse aus Russland verboten worden war, um eine "kulturelle und informationelle Beeinflussung" der öffentlichen Stimmung des ukrainischen Volkes zu verhindern.

Das Verbot der Einfuhr russischer Bücher gilt in der Ukraine bereits seit 2014. Im Jahr 2021 hatten 73 Ausgaben aus Russland ihre ukrainischen Leser nicht erreicht, weil sie angeblich "Propaganda für das totalitäre kommunistische Regime" und seine Symbole enthielten. 56 weitere Bücher waren verboten worden, weil sie nach Ansicht Kiews auf die Beseitigung der Unabhängigkeit der Ukraine abzielten.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 5.5.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 3 Zivilisten, einer wurde verletzt**. 4 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu den Fällen von Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 32 ukrainische Nationalisten, 4 120mm-Mörser, 2 Schützenpanzer und 2 Lastwagen vernichtet. 2 122mm-Haubitzen D-30, 2 Panzerfahrzeuge und ein Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden ein Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 9 verletzt wurden. Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 2. März 2022 geriet eine Sturmgruppe unter Kommando des Unteroffiziers Artjom Wiktorowitsch Nesterenko bei der Befreiung von Mariupol an eine Panzereinheit des Gegners, die den Versuch einer Gegenoffensive unternahm. A.W. Nestereko traf eine mutige Entscheidung und trat mit den überlegenen Kräften des Gegners in den Kampf ein. Nachdem die Gruppe günstige Positionen eingenommen hatte, gelang es ihr dank koordinierter Handlungen und fester Führung den Gegner zu stoppen, was es unseren Truppen erlaubte, sich umzugruppieren und den angreifenden Kräften der Nationalisten einen Schlag zuzufügen, die Gegenoffensive zum Scheitern zu bringen und den Gegner zum Abzug zu zwingen. Bei der Kampf vernichtete die Einheit von Unteroffizier A.W. Nesterenko 2 Panzer, ein Fahrzeug und 12 Soldaten der nationalistischen Gruppierung „Asow“.

18:45 de.rt.com: **Asow-Kämpfer wollen Zivilisten nach Gewicht gegen Lebensmittel und Medikamente eintauschen – Kremlsprecher Peskow: "Wie Terroristen in Syrien"**
Ukrainische neonazistische Kämpfer, die sich im Metallurgiekombinat "Asowstal" in

Mariupol verschanzt hatten, haben angeboten, die in ihrer Gewalt befindlichen Zivilisten gegen Lebensmittel und Medikamente einzutauschen. Dies gab ein Sprecher des Hauptquartiers der Operation zur Befreiung des Stahlwerks gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti bekannt:

"Wir müssen notgedrungen Kontakte zu den Asow-Nazis und den Vertretern des ukrainischen Geheimdienstes SBU aufrechterhalten, die sich dort verschanzt haben – im Interesse der Rettung der dort verbliebenen Zivilisten. Im Laufe von Verhandlungen haben sie uns angeboten, die zivilen Geiseln gegen Lebensmittel und Medikamente einzutauschen. Die von ihnen unterbreiteten Bedingungen für einen Deal waren 15 Geiseln für eine Tonne Lebensmittel, zuzüglich Medikamente. Sie haben uns gewarnt, dass sie niemanden mehr in die Ukraine entlassen würden – jetzt wollen sie sie nur noch eintauschen."

Seinen Angaben zufolge könnten sich in den Katakomben des Metallurgiekombinats mehr als 200 Zivilisten befinden – darunter Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Der Stabssprecher wies darauf hin, dass sich das russische Militär in Syrien bei den Verhandlungen mit Kämpfern der Terrormiliz Islamischer Staat mit den gleichen Methoden konfrontiert sah: Auch diese boten oft lediglich an, freizulassende Menschen nach Gewicht gegen Lebensmittel und Medikamente einzutauschen. In diesem Fall gehen die Asow-Kämpfer wohl von einem Durchschnittsgewicht von etwas über 60 Kilogramm pro Zivilist aus.

Auch Dmitri Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, verglich diese Methode der Kriegsführung, bei der als eigene Bevölkerung deklarierte Menschen als Geiseln gehalten und gegen Versorgungsgüter eingetauscht werden, mit dem Verhalten von Terroristen. In Anwesenheit von Journalisten der russischen Nachrichtenagentur TASS gab er zu bedenken:

"Was derartige Forderungen der Nationalisten betrifft, die in den unterirdischen Räumen des Werks [Asowstal] Zuflucht suchen, so ähneln sie natürlich sehr stark den Forderungen, die zuvor von Terroristen in Syrien und anderswo verlautbart wurden."

Er versicherte, dass Putin über die Forderungen der rechtsextremen Milizionäre informiert sei:

"Natürlich erhält der Präsident alle Information in vollem Umfang."

Zu etwaigen Reaktionen des russischen Militärs auf diese Vorschläge verwies Peskow auf den Operationsstab des russischen Militärs, der sich mit der Befreiung des Werks Asowstal befasst, und verweigerte weitere Kommentare.

19:57 (18:57) novorosinform.org: **Berlin wird Gastgeber des "Unsterblichen Regiments" ohne St.-Georgs-Bänder sein**

In der deutschen Hauptstadt darf die Gedenkaktion abgehalten werden, die Verwendung von St.-Georgs-Bändern sowie den Symbolen "V", "Z" wurde aber verboten.

Die Berliner Polizei genehmigte die Abhaltung der Aktion „Unsterbliches Regiment“ am 9. Mai in der deutschen Hauptstadt. Dies teilte die Projektkoordinatorin Jana Saugarowa mit, berichtet RIA Novosti.

Saugarowa lud alle, die die Erinnerung an die Sieger ehren möchten, ein, an der Prozession des Unsterblichen Regiments teilzunehmen. Sie warnte davor, dass es in diesem Jahr Einschränkungen bei der Veranstaltung geben werde. Insbesondere verbot die Polizei das Zeigen der Symbole „V“ und „Z“ sowie des St.-Georgs-Bandes, von Fahnen, Transparenten, allen Arten von Militäruniformen und ihrer Elemente. Außerdem ist in diesem Jahr die Aufführung von Militärmärschen als musikalische Begleitung verboten.

Die Polizei behält sich laut der Koordinatorin auch das Recht vor, während der Veranstaltung alles zu untersagen, die Nichteinhaltung der Auflagen „wird als Provokation gewertet“.



https://novorosinform.org/content/images/40/25/44025_720x405.jpg

19:20 de.rt.com: **Gazprom will Nord Stream 2 zur Versorgung Russlands nutzen**

Der russische Energiekonzern Gazprom will Teile der auf Eis gelegten Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 vorerst für die Versorgung der eigenen Bevölkerung nutzen. Wie das Unternehmen mitteilte, habe man sich dafür entschieden, die überschüssigen russischen Gastransportkapazitäten an Land für die Entwicklung der Gasversorgung in den Regionen des Nordwestens von Russland zu nutzen. In Richtung Berlin hieß es weiter: Sollte sich Deutschland entscheiden, Nord Stream 2 doch noch in Betrieb zu nehmen, könne in naher Zukunft höchstens der erste Strang der unter Wasser verlegten Trasse angeschlossen werden. Der zweite Strang könne nun nicht mehr vor 2028 genutzt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6273f601b480cc19b769d0c5.jpg>